

Eine Mitglieds-einrichtung stellt sich vor!

Die Lebenshilfe Gießen e.V. unterstützt ca. 2000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene in 34 unterschiedlichen Einrichtungen in der Stadt und im Landkreis Gießen. Inzwischen arbeiten ca. 750 KollegInnen in der Lebenshilfe, davon etwa 450 in hauptamtlicher Anstellung. Die Lebenshilfe Gießen ist nicht im Arbeitgeberverband und daher nicht tarifgebunden. Betriebsrat Jörg Schroeder antwortet auf die Fragen.



Was ist deine Hauptmotivation, BR-Arbeit zu machen?

Meine Entscheidung, in die BR-Arbeit einzusteigen, war auch von der Erfahrung der eigenen Unkenntnis über die Rechte als ArbeitnehmerInnen geprägt. Dagegen half nur, sich schlau machen und einmischen. Da ließ sich einiges lernen – nicht nur über Rechte, sondern auch über die Möglichkeiten der Mitgestaltung. Meine Erfahrung heute: gesunde und faire Arbeitsbedingungen hängen wesentlich davon ab, wie sie durch ArbeitnehmerInnen mitgestaltet werden. Lohnabhängig Beschäftigte sind zwar „abhängige“ aber nicht „unmündige“ Beschäftigte. Das klingt nach Sozialromantik, ist aber letztlich der Kern unseres Geschäftes.

Welches Arbeitsfeld findest du am spannendsten?

Spannende Arbeitsfelder gibt es viele. Mein derzeitiges Steckenpferd ist der Datenschutz, das heißt der Schutz der individuellen Selbstbestimmung. Das findet meiner Ansicht nach zu wenig Beachtung. Datenschutz spielt in viele verschiedene Regelungen hinein: z.B. das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM), bei dem es auch um Krankheitsdaten geht. Der Respekt vor der Privatsphäre steht hier über anderen Interessen. Das ist auch für den Betriebsrat eine Herausforderung.

Welche Unterstützung bietet dir der AKAB e.V.?

AKAB ist für mich der Blick über den betrieblichen Tellerrand. Über den AKAB laufen Informationen, Austausch und auf die Behindertenhilfe zugeschnittene Fortbildungen, die ich sehr schätze. Bei der Gestaltung von betrieblichen Lösungen beraten sich die Betriebsräte gegenseitig – so muss das Rad nicht immer neu erfunden werden. Nicht zuletzt finden sich im AKAB eine Menge kompetenter Leute, die sich für Ihre Sache einsetzen – sehr sympathisch!

AKAB e.V. in Aktion

AKAB e.V. fordert LWV zu Entgeltsteigerung auf

Auf der letzten Mitgliederversammlung des AKAB e.V. in Gelnhausen am 19. November, der sich mit den Aufgaben der Interessenvertretungen beim Arbeitsschutz auseinandersetzte, beschäftigten sich die TeilnehmerInnen auch mit aktuellen politischen Entwicklungen.

Ausgangspunkt war die große Sorge, dass die angekündigten Nullrunden des LWV die Einrichtungsträger vor große Probleme stellen werden. Die Entgeltsteigerungen, die in den letzten Jahren im Bereich der Behindertenhilfe mit dem LWV vereinbart wurden, haben nie die real gestiegenen Kosten, insbesondere nicht die Personalkosten, ausgeglichen. In Konsequenz mussten Personalkosten in den Einrichtungen gesenkt werden. Dies geschah und geschieht im Wesentlichen durch Personalabsenkung und Tarifflucht. Diese Entwicklung hat zu einer ständigen Arbeitsverdichtung geführt, die mancherorts kaum noch zu verantworten ist. Die Sparpolitik des LWV erfolgt hier ausschließlich zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten.

Arbeitsrecht

Betriebsräte beim Datenschutz gefordert

Eine betriebliche Vereinbarung mit dem Arbeitgeber hilft bei der Umsetzung des Datenschutzes. Im Umgang mit Daten in einem Betrieb sind vielfältige Regeln zu beachten. Dabei geht es nicht nur um die Sicherheit der Daten (Datensicherheit), sondern auch um den Schutz ‚personenbezogener Daten‘, also der Personaldaten der KollegInnen (Datenschutz). Wer welche Daten erheben, wie bearbeiten und an wen übermitteln darf, regelt das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Die heute übliche Datenerfassung per Computer und Speicherung auf zentralen Servern erfordern jedoch eine Überarbeitung der Regelungen zum richtigen Umgang mit Daten,

Soziale Arbeit ist aber nicht zum Billigtarif leistungsfähig. Gerade die Arbeitskämpfe im Frühjahr/Sommer 2009 haben gezeigt, dass die Belastbarkeit der in der sozialen Arbeit tätigen Menschen am Ende ist und sie



„Das kann ins Auge gehen“ (Jürgen Süß und Reiner Rathschlag vom AKAB-Vorstand)

inzwischen bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen. Im Sommer waren nicht nur Erzieherinnen aus den Kindertagesstätten auf den Beinen, sondern auch Beschäftigte aus der Behindertenhilfe. Auch hessische Behinderteneinrichtungen haben sich an Streikaktionen beteiligt. In diesen Arbeitskämpfen wurde ein Tarifvertrag Gesundheitsschutz und eine Aufwertung der Sozialberufe erkämpft, dessen Kosten in die Zukunft weisen und finan-

ziert werden müssen. In der öffentlichen Diskussion waren sich Politiker, Medien und die Öffentlichkeit einig, dass soziale Arbeit aufgewertet werden muss. Der LWV scheint diese gesellschaftliche Entwicklung gänzlich zu ignorieren und versucht die Einrichtungsträger durch „Knebelabschlüsse“ zu weiterer Personalabsenkung und zu Tarifausstiegen zu zwingen. Vor einigen Monaten hat das Bundessozialgericht für eine Altenhilfeeinrichtung entschieden, dass tarifvertragliche Vergütung für die Beschäftigten „notwendige Kosten“ sind, die durch den Kostenträger zu

refinanzieren sind. In Anlehnung an diese Rechtsprechung, die ohne weiteres auf die Behindertenhilfe übertragen werden kann, fordern wir den Landeswohlfahrtsverband Hessen und die politisch Verantwortlichen dazu auf, ein Angebot zur Entgeltsteigerung vorzulegen, das es den Einrichtungsträgern erlaubt, die Personalkostensteigerungen der letzten Jahre zu refinanzieren, ohne weiterhin Personalabbau betreiben zu müssen. *hs*



„Wir zahlen nicht für Eure Krise...“

...oder vielleicht doch! Die Wirtschaftskrise wird den sozialen Bereich und damit auch die Behindertenhilfe 2011 mit voller Wucht treffen, nämlich dann, wenn die angekündigten Sparmaßnahmen von Bundes- und Landesregierung und die Entlastung der Beschäftigten Ziel der Tarifforderungen 2010. Konkret wird die Fortsetzung der Altersteilzeitregelung gefordert. **Seite 2**



Herwig Selzer

Ver.di fordert spürbare Gehaltserhöhung

Neben einer deutlichen Entgelterhöhung mit einem Gesamtvolumen von 5% sind die Abschaffung von tariflichen Benachteiligungen und die Entlastung der Beschäftigten Ziel der Tarifforderungen 2010. Konkret wird die Fortsetzung der Altersteilzeitregelung gefordert. **Seite 3**



Jörg Schroeder

Betriebsrat stellt sich vor Die Lebenshilfe Gießen e.V. gehört zu den Mitgliedseinrichtungen des AKAB e.V. Betriebsrat Jörg Schroeder antwortet auf die Fragen. **Seite 4**

Skandalverhandlungen mit dem Landeswohlfahrtsverband

Die Vergütungsvereinbarung mit dem Landeswohlfahrtsverband Hessen ist zum Ende des Jahres 2009 ausgelaufen.

Vor diesem Hintergrund sind die Verhandlungskommission der Einrichtungsträger und der LWV im letzten Jahr in Gespräche eingetreten. Die Vorzeichen für diese Verhandlungen um Entgelterhöhungen standen unter einem schlechten Vorzeichen. Bereits die für 2009 vereinbarte „Basiskorrektur“ (stationär +1,69 %, ambulant +2,18%), war durch den LWV

nicht umgesetzt worden. Ein Vertrauensbruch des LWV gegenüber den Einrichtungen. In Konsequenz lebten die Behinderteneinrichtungen 2009 mit einer „Nullnummer“. Steigende Sachkosten, steigende Personalkosten müssen refinanziert werden. Die Entgeltsteigerungen der letzten Jahre haben die real gestiegenen Kosten der Einrichtungen nie aus-

geglichen. Eine Nullrunde 2009 hat die Einrichtungsträger weiter schwer belastet. Im Gegenzug argumentiert der LWV mit der Wirtschaftskrise, der schwierigen Haushaltslage der Kommunen und steigen-



den Fallzahlen. Sein Angebot: Eine weitere Nullrunde auch für das Jahr 2010. Deutlich wird in den Verhandlungen, dass der LWV kein Interesse an einer Refinanzierung von tarifvertraglichen Personalkosten in der Behindertenhilfe hat. Skandal 1! Untermalt werden die Verhandlungen durch Forderungen des LWV nach Umwand-

lung von stationären Betreuungsplätzen in ambulante Angebote. Diese Forderung erfolgt ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung. Skandal 2!

Vorerst letzter Stand der Gespräche Ende letzten Jahres: Erhöhung der Entgelte für die Einrichtungen um die bereits für 2009 vereinbarte Basiskorrektur ab 01.01.2010. Aber auch dieser Vorschlag, der für die Refinanzierung der Einrichtungen nicht auskömmlich wäre, ist zwischenzeitlich durch den Landkreis

und Städtetag kassiert worden. Skandal 3! Wie es weitergehen soll ist offen. Die Einrichtungsträger haben die Möglichkeit in Einzelverhandlungen mit dem LWV einzutreten. Ein gesellschaftliches Bündnis aus Betroffenen, Beschäftigten und Einrichtungsträgern zur Abwehr des geplanten Sozialdumping ist überfällig. *js*

Diakonie

Neue Interessenvertretungen / Fusion der Diakonischen Werke in Hessen

Nach dem gültigen Mitarbeitervertretungsgesetz für Kurhessen-Waldeck (MVG.KW) endet die Amtszeit der Mitarbeitervertretungen (MAVen) im diakonischen Bereich mit dem 30. April 2010.

Derzeit finden Wahlen zu den Mitarbeitervertretungen in den diakonischen Betrieben statt. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Diese Interessenvertretungen der Mitarbeitenden auf betrieblicher Ebene sind im Rahmen des dritten Weges zur Arbeitsrechtssetzung und der gewollten Dienstgemeinschaft in Diakonie und Kirche unerlässlich

und gesetzlich vorgegeben. Vertreter der MAVen wählen aus ihrem Kreis in einer Mitgliederversammlung den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der MAVen und die Mitglieder in der Arbeitsrechtsrechtlichen Kommission Kurhessen-Waldeck. Für die neuen Interessenvertretungen gibt es viel zu tun! Neben der Gestaltung der Arbeitsplätze auf betrieblicher Ebene geht es um die Weiterentwicklung des Arbeitsrechts und damit verbunden um Gehaltserhöhungen im derzeitigen gesellschaftlichen und

wirtschaftlichen Rahmen. Die Frage, die sich für Mitarbeitende immer deutlicher stellt ist: „Ist überall Diakonie drin, wo Diakonie drauf steht?“ Darunter fällt dann auch die angestrebte Fusion der beiden Diakonischen Werke in Kurhessen-Waldeck und Hessen und Nassau, welche die beiden Landeskirchen wollen. Sie selbst haben sich übrigens auf eine Kooperation und nicht Fusion geeinigt. Es wurde eine Absichtserklärung vereinbart, die anstrebt, Gestaltungsmöglichkeiten u.a. für einen gemeinsamen Standort, ein ge-

meinsames Arbeitsrecht, Strukturierung der regionalen diakonischen Werke zu finden. Geklärt wird gerade, wie die Beteiligungsrechte der MAVen und der Arbeitsgemeinschaften der MAVen in Nord- und Südhessen zu berücksichtigen sind. Das Ergebnis der Fusion ist noch offen. Die Beteiligten müssen sich, im Rahmen der Absichtserklärung, darüber verständigen, wie die „Stolpersteine“ beseitigt werden sollen. Es gilt einen Weg zu beschreiben, der zur geplanten Fusion führen könnte. *rz*

Kurzmeldungen

Aktion gegen die Kopfpauschale

Mit der Kopfpauschale zahlen alle einen Einheitsbeitrag – egal, wie viel sie verdienen. Den angekündigten Steuerausgleich müssten Millionen in Anspruch nehmen, was angesichts geplanter Sparmaßnahmen nicht finanzierbar sein wird. Campact, ein überparteilicher, gemeinnütziger Verein hat eine Unterschriftenaktion gegen die Kopfpauschale in der Krankenversicherung initiiert, an der sich zwei Wochen nach Beginn bereits über 50.000 Menschen beteiligt haben. Wer sich beteiligen will, kommt direkt über die ver.di Gesundheitsseite <http://www.verdi.de/gesundheitspolitik> zum Aufruf.

Datenschutz durch ELENA in Gefahr

Seit Jahresbeginn 2010 müssen Arbeitgeber monatlich bestimmte Arbeitnehmerdaten an eine zentrale Speicherstelle bei der Deutschen Rentenversicherung senden. „ELENA“ steht für „Elektronischer Entgeltnachweis“ und ist besonders dadurch in die Kritik geraten, dass jenseits der Angaben über das monatliche Einkommen eine Vielzahl weiterer Informationen erfasst werden sollen, etwa Fehlzeiten, Abmahnungen, Kündigungsgründe und eine (jetzt zurückgenommene) Auflistung von Streiktagen. Datenschützer und Gewerkschaften befürchten einen Missbrauch dieser hochsensiblen Daten. Zudem ist zu klären, ob es sich bei Elena nicht ohnehin um eine verfassungswidrige Vorratsdatensammlung handelt.

Impressum

Herausgeber AKAB e.V.
Redaktion
Herwig Selzer (hs), Ulrike Traxler-Schmoranz (uts), Jörg Schroeder (js) – LH Gießen; Jürgen Süß (js) – LHW Waldeck-Frankenberg; Reiner Rathschlag (rr) – LH Wetzlar-Weilburg; Ralf Zeuschner (rz) – Treysa Hephata; Fabiola Sommerhage (fs) – Vitos Kalmenhof gGmbH; Roland Schlund (rs) – Behindertenwerk Main-Kinzig e.V.; Rudi Schopf (rsc) – Behindertenwerk Main-Kinzig e.V.
Layout Stefan Lerch
Druck DiAkom, Zierenberg
Erscheinungsweise dreimal pro Jahr
Redaktionsschluss 17. Februar 2010
Nächste Ausgabe Mai 2010

Kontakt

AKAB e.V.
Jürgen Süß (Vorsitzender)
LHW Waldeck-Frankenberg
Friedrich-Trost-Straße 4
Tel.: 064 51 - 7 22 14 50
email: j.suess@lebenshilfe-wa-fkb.de

Der Kommentar

Wir zahlen nicht für Eure Krise...

...oder vielleicht doch! Wenn es nach der Bundesregierung oder der hessischen Landesregierung geht, um nur zwei Beispiele zu nennen, werden nicht die Verursacher zur Kasse gebeten, sondern die breite Masse der Bevölkerung muss mal wieder zahlen. Dies erfolgt in Schritten und viele Menschen begreifen überhaupt nicht, dass einzelne politische Entscheidungen Teil eines Gesamtsystems sind, die im Ergebnis nur ein Ziel haben: Hände weg von Banken und Konzerne, die uns in die Krise gestürzt haben, dafür ran an diejenigen, die (noch) einen Job haben bzw. hatten!

Die Behindertenhilfe ist nur ein Beispiel dafür, wie das System funktioniert: Tagtäglich wird uns über die Medien eingeflüstert, dass bedauernswerter Weise die Krise riesengroße Haushaltslöcher in Bund, Land und Gemeinden hinterlassen hat, ein Fakt, der

wie von Gott gegeben scheint. Die Kohle ist leider verzoct – auch Banker sind nur Menschen –, und so muss sie nun mühsam wieder eingesammelt werden. Da man auf einen Leitsatz in Millionen von Köpfen bauen kann, der da lautet: „An die Oberen kommt man sowieso nicht ran“, ist der Weg zu uns normal Sterblichen, sprich abhängig Beschäftigten schon erfolgreich gebahnt. Jetzt musste beispielsweise nur noch der Gemeinde- und Städtetag die sensationelle Botschaft ausgeben, dass man in Schulden versinke und deshalb logischerweise dem Landeswohlfahrtsverband, der von den Kommunen abhängig ist, auf keinem Fall mehr Finanzmittel an die Hand geben könne. Dies wiederum, man kann sich es jetzt schon denken, hat leider zur Folge, dass Einrichtungsträger steigende Kosten, unter anderem für das Personal nicht mehr refinanzieren

ziert bekommen. Dass wir Gutmenschen im sozialen Bereich dann auch noch verführt sind zu sagen, möge die kommende Lohnerhöhung nicht all zu hoch ausfallen, damit nicht unsere Arbeitsplätze gefährdet werden, setzt dem Ganzen die bittere Krone auf. Angekommen am Ende dieser Reise warten auf uns nur noch zwei Alternativen: Entweder mit dem Gefühl der totalen Ohnmacht alleine irgendwie einen Weg zu finden, bis zur Rente durchzuhalten und im günstigsten Falle an der Altersarmut knapp vorbei zu schrammen oder sich mit anderen zusammen zu schließen und sich z. B. in die Tarifrunde 2010 aktiv einzuklinken!



Herwig Selzer
BR-Vorsitzender
Lebenshilfe Gießen e.V.

Berichte aus den Einrichtungen

Kita-Erzieherinnen profitieren von SuE-Vergütungstabelle

Seit dem 01. 11. 2009 gilt für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE), zu dem auch die Behindertenhilfe gehört, ein neues Vergütungssystem und ein besserer, verbindlicher Gesundheitsschutz.

Welche Auswirkungen sind zu erwarten und wie werden die Veränderungen beurteilt?

In erster Linie werden die Überleitungen mit Wahlmöglichkeiten analysiert, Vor- und etwaige Nachteile diskutiert. Ein wesentlicher Punkt sind die Einkommensverläufe, die bei einem Teil der KollegInnen aufgrund einer falschen Entscheidung erhebliche finanzielle Nachteile bewirken könnten.

Die spontane Kritik gegenüber dem Tarifabschluss im letzten Jahr weicht einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Tarifergebnis. Bei näherer Betrachtung kann man erkennen,

dass mit Einführung der S-Tabelle eine finanzielle Verbesserung



Die Streikenden hatten 2009 vielfältige Unterstützer

gerade für die jüngeren KollegInnen erreicht wurde. Geht man von einer 40-jährigen Lebensarbeitszeit aus, kann man mit einem jährlichen Zugewinn von ca. 4.000 € rechnen (aktueller Vergütungsstand annehmen).

Darüber hinaus wird der verbesserte Gesundheitsschutz als positive Errungenschaft gewertet, gerade im Hinblick auf die beschränkten Möglichkeiten einer Altersteilzeitregelung. Dieser

Punkt wird mit großem Interesse aber auch mit Besorgnis von den älteren und langjährigen KollegInnen diskutiert.

Von den jüngeren KollegInnen wird der neue Tarif als Chance gesehen, gerade im Bereich der Kindertagesstätten, eine adäquate Eingruppierung durchsetzen zu können.

Nach dem vor ca. zehn Jahren durch eine politische Entscheidung die heilpädagogischen und integrativen Gruppen in den Kindertagesstätten abgeschafft wurden, hat sich auch die Vergütung der Erzieherinnen verändert. Obwohl sie, wie auch vorher, integrative Arbeit geleistet haben, wurden ihnen die „besonders schwierigen fachlichen Tätigkeiten“ nicht mehr attestiert. Befristete Arbeitsverträge haben notwendige Eingruppierungsklagen verhindert. Der Tarif SuE beschreibt in der S-8 Fallgruppe 1a und b eindeutig die Arbeit der KollegInnen in unseren Kindertagesstätten. Der AKAB wird sich für eine tarifkonforme Überleitung einsetzen. rr

Das Interview

„Lohnzurückhaltung ist kompletter Unsinn!“

Saskia Teepe ist seit 2004 bei der Gewerkschaft ver.di in Hessen beschäftigt. Seit 2008 ist sie Gewerkschaftssekretärin für den Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen im ver.di Bezirk Mittelhessen.

Die Bundesregierung macht kein Hehl daraus, dass nicht die Verursacher, sondern die abhängig Beschäftigten für die Wirtschaftskrise zahlen sollen. Wie positioniert sich ver.di?

Die Wirtschaftskrise ist Resultat einer Politik, die die Steuer- und Einkommensprivilegien von Wenigen schützt. Erst haben Regierende die Finanzkontrollen in großen Stil abgebaut, dann haben Banken mit dubiosen Finanzgeschäften die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht. Milliarden wurden gezahlt, um das Schlimmste zu verhindern, und haben große Löcher in den Haushalt gerissen. Aber wer soll die Kosten bezahlen? Während die Regierung den Lobbyverbänden bereits wieder teure Geschenke macht - allein die Steuerentkennungen für Hotelübernachtungen wird den Staat mehrere Milliarden kosten - sollen die Beschäftigten das Geld wieder einsparen. Lohnzurückhaltung wäre nötig. Volkswirtschaftlich kompletter Unsinn! Jeder Wirtschaftswissenschaftler setzt derzeit auf die Stärkung der Nachfrage, also der Kaufkraft, damit die Wirtschaft nicht weiter einbricht. Steigende Einkommen sind der wirkungsvollste Weg, der Binnenfrage auf die Sprünge zu helfen.

Der erste bundesweite Streik im Sozial- und Erziehungsdienst hat Verbesserungen bei der Eingruppierung und der Gesundheitsförderung bewirkt. Was sind die nächsten Ziele von ver.di und wie glaubst du könnten diese Vorstellungen umgesetzt werden?

Für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes fordern wir aktuell in den Verhandlungen des TVöD eine spürbare Lohnerhöhung, zudem die Fortführung der Möglichkeiten, in Altersteilzeit zu gehen. Gerade in den psychisch wie körperlich belastenden Berufen in Altenheimen, Behinderteneinrichtungen und Krankenhäusern ist das Arbeiten bis zum Renteneintrittsalter für viele nicht möglich. Da ist Altersteilzeit wichtig. Zudem fordern wir hohe Zuschläge für außerdienstplanmäßige Einsätze und Überstundenzuschlag auch für Teilzeitbeschäftigte, um die vielen Einsätze außerhalb der Arbeitszeit einzudämmen. Was die Arbeitgeber in der Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst bieten, ist dabei blanker Hohn. Sie bieten 1,5% Lohnerhöhung. Der Großteil davon soll aber in Leistungsbonifließen fließen. Bleiben 0,5 Prozent - verteilt auf 2 Jahre. Wenn man die Preissteigerungen einrechnet, ist das eine Reallohnkürzung.

Welche Schlussfolgerungen werden daraus gezogen?

Mit Argumenten alleine werden wir uns nicht durchsetzen können. Anständige Tarifergebnisse



Saskia Teepe

fallen nicht vom Himmel, erst recht nicht bei einer so harten Haltung der Arbeitgeber. Wir werden nur dann vernünftige Ergebnisse erzielen können, wenn wir durchsetzungsfähig sind. Eine erste Warnstreikwelle hatten wir bereits im Februar. Die Beteiligung war recht gut, aber ob sie in der aktuellen Situation reichen wird, um den nötigen Druck zu machen, wird sich zeigen. Wer ein vernünftiges Tarifergebnis will, muss bereit sein, dafür zu kämpfen: Sich an den Aktionen und Streikaufrufen beteiligen!

Welche Argumente würdest du nennen, wenn dich jemand fragt, warum man in die Gewerkschaft eintreten soll?

Sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und anständige Löhne fallen nicht vom Himmel. Wer sie erhalten will, muss sich organisieren und dafür sorgen, dass die Kraft, die Arbeitnehmerinteressen vertritt, stark bleibt: Die Gewerkschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessen von Beschäftigten und Erwerbslosen mehr wert sind als kurzfristige Renditeinteressen. Je mehr wir sind, desto stärker können wir dabei sein. Was auch zählt: Als ver.di-Mitglied hat man Schutz rund um sein Arbeitsverhältnis. Wir bieten Hilfe bei arbeitsrechtlichen Fragen, bei Erwerbslosigkeit, sogar Mietrechtsberatung. Wir helfen jedem Mitglied zu seinem Recht, notfalls vor Gericht.

Pauschale Fortschreibung in Gefahr

Der Städtetag hat die bereits im Jahr 2007 in der Hessischen Vertragskommission SGBXII vereinbarte Basiskorrektur, die im Tarif 2010 berücksichtigt werden sollte, verweigert und damit derzeit die vertrauensvolle Zusammenarbeit belastet. Mit diesem Veto des Hessischen Städtetages, dass mit der allgemeinen Haushaltslage begründet wird, stehen die weder der Höhe noch der Art nach bestrittenen pauschalen Erhöhungen den Trägern und daraus resultierend den behinderten Menschen nicht zur Verfügung. Besonders bedeutsam ist dies, da die Träger und Betroffenen durch die 2-jährige Laufzeit der damaligen Vereinbarung bereits in Vorleistungen getreten sind. Als Lösung für die fehlende pauschale Fortschreibung kommt nur die sehr zeitaufwändige und schwierige Einzelverhandlung in Frage. Allerdings bestehen bei allen Risiken von Einzelverhandlungen auch Chancen, beispielsweise bei der Umsetzung der Veränderungen durch den Sozial- und Erzieher tariff und bei den zu erwartenden Steigerungen der diesjährigen Tarifverhandlungen. Gelingt dies allerdings nicht, ist die Finanzstruktur der Träger der Freien Wohlfahrtspflege gefährdet.

Oliver Rodenhäuser
Referent
Betriebs- und Finanzmanagement,
DER PARITÄTISCHE HESSEN

Verdi

Ver.di fordert spürbare Gehaltserhöhung und qualitative Tarifverbesserungen

Neben einer deutlichen Entgelt-erhöhung (Gesamtforderung: 5%) sind die Abschaffung von tariflichen Benachteiligungen und die Entlastung der Beschäftigten Ziel der Tarifforderungen 2010.

Damit übernimmt ver.di gesellschaftliche Notwendigkeiten in die Tarifaueinandersetzung. Ver.di setzt hier auf Solidarität und gesellschaftliches Verantwortungsgefühl seiner Mitglieder. Für Alle: Spürbarer Lohnzuwachs. Für Ältere: Fortsetzung



LHW Waldeck-Frankenberg geht 2010 schon wieder voran. Nachmachen!

der Altersteilzeitregelung. Für Junge: Beschäftigungsgarantie für Auszubildende. Für Frauen: Zulagen für Überstunden ab der

individuellen (Teil) Wochenarbeitszeit. Für Gesund- und Sozialwesen: „Strafzoll“ für „Holen aus dem Frei“. Der Mix macht's – Mehr Geld in den Taschen der Beschäftigten stärkt die Binnennachfrage, Beschäftigungsgarantie für Azubis verringert die Jugendarbeitslo-

sicherheit, Überstundenzulagen auch für Teilzeitarbeitnehmer stärkt Frauen (und Männer) mit Doppelbelastung, Altersteilzeitregelung kann die Belastung durch die längere Arbeitslebenszeit helfen. Es wird Zeit, dass die öffentliche Hand nicht nur Geld für die Rettung maroder Banken, sondern auch für individuelle und gesellschaftliche Notwendigkeiten in die Hand nimmt.

Rudi Schopf, Vorsitzender des Fachbereichsvorstand 03 Main-Kinzig